

Kurzbericht

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(19. Sitzung am 5. Februar 2014 - Reise)

Beratungsthemen:

Öffentlicher Sitzungsteil

Außerhalb der Tagesordnung bat der Ausschuss auf Antrag der CDU-Fraktion die Landesregierung, ihn in der nächsten Sitzung darüber zu unterrichten, welche Folgen sich für die Beschäftigten im Justizvollzug aus der beabsichtigten Schließung von JVA-Abteilungen ergeben.

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Staatsgerichtshof (NStGHG)**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 17/1111](#)

Der Ausschuss kam überein, zu dem Gesetzentwurf eine mündliche Anhörung durchzuführen. Der Termin und der Kreis der Anzuhörenden sollen in einer der nächsten Sitzungen festgelegt werden.

2. **Unterrichtung durch das Justizministerium über den Stand der Vorbereitung eines Gesetzentwurfes der Landesregierung zur Regelung der Informationsfreiheit**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. **Unterrichtung durch das Justizministerium über den Stand der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Nicht öffentlicher Sitzungsteil

4. **Unterrichtung durch das Justizministerium über den Stand staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen wegen verschiedener Vorwürfe gegenüber einem Fleischverarbeitungsbetrieb in Bad Bentheim**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

5. **Unterrichtung durch das Justizministerium über den Stand staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen gegen einen Zahnarzt aus Hannover**

Diesen Punkt vertagte der Ausschuss auf seine nächste Sitzung.

6. **Eingaben**

Diesen Punkt vertagte der Ausschuss auf seine nächste Sitzung.